

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Politik/33213/Bremer-Politiker-streiten-sich-weiter-um-Tempolimit.html>

Verkehr - 12.09.2009

Bremer Politiker streiten sich weiter um Tempolimit

Von Wigbert Gerling

Bremen. Unvermindert prallen die Positionen in der Debatte um Lärmschutz und Tempolimit aufeinander: „Völliger Unsinn und eine Garantie für Dauerstaus.“ So kommentierte Klaus Wedemeier, Ex-SPD-Bürgermeister und heute Vorsitzender des Wirtschaftsverbands Weser, die Forderung der grünen Parlamentsfraktion nach Tempo 30 generell in der Innenstadt. Martin Rode hingegen, Geschäftsführer des BUND, nannte den Vorstoß der Grünen „begrüßenswert“. Es sei absolut sinnvoll, im Sinne des Gesundheitsschutzes aktiv zu werden.



© Stoss

Der Streit um ein generelles Tempolimit von 30 Kilometern pro Stunde in der Bremer Innenstadt reißt nicht ab.

Grundsätzlich Tempo 30 in der Innenstadt, eine Obergrenze von 80 Stundenkilometern nachts auf den Autobahnen, dazu die Prüfung, ob Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen „für Lkw auf 60 km/h und für Pkw auf 100 km/h verschärft“ werden könnten – mit einem Mehrheitsbeschluss zu diesen Forderungen hatte die grüne Bürgerschaftsfraktion in dieser Woche dafür gesorgt, dass im Regierungsbündnis mit der SPD die Fetzen flogen. Die Kontroverse hielt auch Einzug in den Senat. Der grüne Ressortchef Reinhard Loske, zuständig für Bau, Umwelt und Verkehr, hatte den Vorstoß der Fraktion unterstützt – sein SPD-Kabinettskollege Ralf Nagel, Senator für Wirtschaft, konterte mit Kritik und mahnte, Bremen lebe nicht „vom Hochradfahren in der Innenstadt“.

Mitte der Woche schaltete sich Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) ein und stellte sich gegen die Forderungen der Grünen. Die Diskussion in den Reihen der rot-grünen Regierungskoalition ging auch gestern weiter. Wirtschaftssenator Ralf Nagel hielt den Grünen vor, bei dem, was sie und auch Senatskollege Loske gefordert hätten, handele es sich „letztlich doch nur um scheinheilige Placebo-Politik“.

Reaktion von Senator Reinhard Loske: „Wenn Lärmschutz in ohnehin benachteiligten Stadtteilen als ‚Placebo-Politik‘ eingestuft wird“, so der grüne Ressortchef, dann könne

er „das nicht nachvollziehen“. Loske-Sprecher Michael Ortmanns kommentierte gestern den Hinweis des SPD-Fraktionsvorsitzenden Carsten Sieling, der beim Umweltressort die Vorlage eines Lärmschutzkonzepts angemahnt hatte, das noch immer auf sich warten lasse: „Es war die SPD-Fraktion, die Aufschub bis Oktober verlangt hat.“

Zur Diskussion, ob das Senatsressort für Verkehr weniger zum Umwelt- und dafür mehr zum Wirtschaftsressort passe, sagte Ortmanns: Zu einer modernen Großstadt gehöre eine effiziente Verkehrspolitik, bei der „die Belastungen für die Bewohner in Grenzen gehalten“ werden. „Deshalb ist das Thema Verkehr“, so Ortmanns, „bei einem grünen Senator gut aufgehoben.“

Der grüne Landesvorsitzende André Heinemann schaltete sich in die Diskussion um Lärmschutz und Tempolimit ein und verwies auf den Koalitionsvertrag zwischen der SPD und seiner Partei. Darin sei festgeschrieben worden: „Zur Verringerung der Lärmbelastung wollen wir Verkehrsbeeinflussungsanlagen Tempo steuernd und Lärm entlastend einsetzen.“ Mit Bezug auf eine kritische Anmerkung aus dem SPD-Regierungslager betonte Heinemann: „Das war und ist natürlich kein ‚Unfug‘, sonst hätten wir es nicht in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben.“ Politik sei die Kunst des Machbaren. „Und da Kunst von Können kommt“, so der grüne Landeschef, „ist immer zu fragen, was man noch machen kann für die Bürgerinnen und Bürger.“ Das Nachdenken darüber, ob beispielsweise Tempo 30 in der Innenstadt noch ausgeweitet werden könne, sei legitim.

Der Wirtschaftsrat Deutschland betonte, er lehne weitere Tempolimits „komplett ab“. Sein Landesvorsitzender Nils Herrmann: „Solche Maßnahmen führen zu einer weiteren Gängelung der Bürger und bringen nicht den gewünschten Erfolg in der Umweltpolitik.“ Die Umweltorganisation BUND betonte, Tempolimits führten „nicht zwangsweise zu Restriktionen der Wirtschaftsverkehre“.

Geschäftsführer Rode fügte hinzu, Geschwindigkeitsbegrenzungen allein reichten auch nicht aus. Entlastend könnten zum Beispiel auch Straßenbeläge aus „Flüsterasphalt“ oder der Bau von Lärmschutzwänden sein. Thomas Herwig, Vorsitzender des Vereins Bremer Spediteure, wandte sich gegen eine „Verkehrsverlangsamung“. Er nannte es einen „Skandal, wie einige Abgeordnete und sogar Senatoren mit denjenigen umgehen, die in Bremen investiert haben.“